



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 9 (Mülheim)

Geschäftsführung
Herr Schultheis

Telefon: (0221) 99322
Fax: (0221) 99412
E-Mail: andre.schultheis@stadt-koeln.de

Datum: 05.02.2024

Niederschrift

über die **26.Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 29.01.2024, 17:00 Uhr bis 20:48 Uhr, Bezirksrathaus Mülheim, VHS-Saal, Wiener Platz 2a, 51065 Köln

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs	SPD
Frau Annika Hilleke	GRÜNE
Herr Jonas Höltig	GRÜNE
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	GRÜNE
Frau Sabine Ulke	GRÜNE
Frau Marianne Böttcher	GRÜNE
Herr Alexander Lünenbach	SPD (bis 18:50 Uhr)
Frau Jutta Kaske-Vollmer	SPD
Frau Berit Kranz	SPD
Herr Dr. Thomas Portz	CDU
Herr Mike Paunovich	CDU
Frau Marion Wienholz	CDU (ab 17:30 Uhr)
Frau Beate Hane-Knoll	DIE LINKE
Herr Nijat Bakis	DIE LINKE
Herr Ralph Hengstenberg	AfD
Herr Andreas Bernd Maria Altefrohne	Die PARTEI
Herr Torsten Tücks	FDP

Verwaltung

Frau Susanne Hohenforst	Bürgeramt Mülheim
Herr Beigeordneter Wolfgramm	Dezernat VIII Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften
Herr Hölzer	Amt für Grünflächen und Landschaftspflege
Herr Dr. Gattke	Stadtentwässerungsbetriebe
Herr Dr. Cassel	Stadtentwässerungsbetriebe
Frau Wegmann	Stadtplanungsamt
Herr Buric	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Waltraud Brandt

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Stephan Krüger CDU

Frau Ruth Fischer SPD

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Frau Claudia Brock-Storms SPD

Herr Max Christian Derichsweiler GRÜNE

Frau Polina Frebel SPD

Herr Eric Haeming CDU

Herr Sven Kaske SPD

Herr Franz Philippi SPD

Frau Uschi Röhrig DIE LINKE

Frau Ursula Schlömer GRÜNE

Herr Artur Tybussek CDU

Herr Walter Wortmann Die FRAKTION

Der Vorsitzende, Herr Bezirksbürgermeister Fuchs, eröffnet die 26.Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim in der Wahlperiode 2020/2025 und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass keine verfristeten Vorlagen vorliegen.

Folgende Tagesordnungspunkte sollen vorgezogen werden:

Nach aktueller Stunde:

2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Verkehrssituation Stadtgarten Mülheim".
125/23 B

Nach TOP: A, B:

9.2.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt
Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt Köln
hier: Beschluss von Grundsätzen für die Entwicklung des Räumlichen Plans
3276/2023

9.2.2 Städtebauliches Planungskonzept Otto-Langen-Quartier in Köln-Mülheim
Anhörung der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) zu den Ergebnissen der erneuten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes und zum Grundstücksverkaufsverfahren der Flächen, die sich im Eigentum der NRW.URBAN GmbH & Co. KG befinden
3310/2023

9.2.6 208. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: "Lindgens-Areal" in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss
2247/2023

10.2.17^{neu} Offenlage Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70470/11, Arbeitstitel: Deutz-Areal in Köln-Mülheim
0146/2024

Es bestehen keine Bedenken, diese Tagesordnungspunkte vorzuziehen.

Folgende Tagesordnungspunkte sollen gemeinsam beraten werden:

0 Antrag auf Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE; Leerstehende Wohnungen in der GAG Siedlung in Köln- Stammheim

8.1.3 Leerstehende Wohnungen in der GAG- Siedlung in Köln- Stammheim
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.01.2024

10.2.18 Leerstehende Wohnungen in der GAG-Siedlung Köln- Stammheim/
Mose-Hess-Straße, Adolf-Kober-Straße, Georg-Breuer-Straße, Elias-Gut-Straße

Es bestehen keine Bedenken, diese Tagesordnungspunkte gemeinsam zu beraten.

Folgender Tagesordnungspunkt soll vertagt werden:

9.1.2 Beschlussvorlage für das Fahrradstraßenkonzept Mülheim
4147/2023

Der Vertagung wird einstimmig zugestimmt.

Als **Stimmzähler** werden Herr Dr. Portz, Frau Böttcher und Frau Hane-Knoll benannt.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs erteilt Herrn Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) das Wort, der bei ihm vor der Sitzung schriftlich darum gebeten hat, eine persönliche Erklärung abzugeben.

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) gibt seine persönliche Erklärung ab. Mit dieser stellt er zunächst Teile seines Lebenslaufes sowie seine politische Motivation dar. Er verweist auf schriftliche Ausführungen, die er im Sitzungssaal verteilt hat. Am Ende seiner Erklärung teilt er mit, dass er sein Mandat als Mitglied der Bezirksvertretung Mülheim niederlegen wird.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0 Antrag auf Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE; Leerstehende Wohnungen in der GAG- Siedlung in Köln- Stammheim
AN/0066/2024
- A Austausch mit dem Beigeordneten William Wolfgramm, Dezernat VIII Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften
- B Vorstellung Ergebnisse einer hydraulischen Untersuchung des rrh. Kölner Randkanals
- 1 Einwohnerfragestunde**
- 1.1 Rad- und Gehwege Bergisch Gladbacher Straße
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Verkehrssituation Stadtgarten Mülheim" .
125/23 B
3895/2023
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 7 Anfragen**
- 7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 7.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/1956/2023 der Fraktion Die PARTEI betreffend den Diebstahl der Skulpturen des Märchenbrunnens im Stadtpark Mülheim
3776/2023
- 7.1.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 17.04.2023 (AN/0600/2023) betreffend „Radverkehrsinfrastruktur im Bezirk Köln-Mülheim“
3841/2023

- 7.1.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Bezirksvertreters Krüger (CDU-Fraktion) in der Sitzung am 27.11.2023 zu den Tagesordnungspunkten 7.1.6 und 7.1.7 Baumwollbleicherei
0403/2024
- 7.1.4 Vorkommnisse im Umfeld der Geflüchtetenunterkunft Luzerner Weg
3322/2023
- 7.2 Neue Anfragen
 - 7.2.1 Auenweg - bewohnter Sperrmüll - Ergänzung
Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 05.01.2024
AN/0016/2024
 - 7.2.2 BMX Nutzungsmöglichkeiten
Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 06.01.2024
AN/0018/2024
 - 7.2.3 Brandgefährdung Elektrobuss
Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 06.01.2024
AN/0019/2024
 - 7.2.4 Höhenhaus – Umsetzungsstand Beschluß AN/0443/2020 zum Höhenhauser Ring / Entwässerung Bahnunterführung
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 06.01.2024
AN/0079/2024
 - 7.2.5 Wohnungs-und obdachlose Menschen im Bezirk Köln-Mülheim
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.01.2024
AN/0127/2024
 - 7.2.6 Winterhilfe im Stadtbezirk Köln- Mülheim
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.01.2024
AN/0128/2024
 - 7.2.7 Und jedes Jahr auf's Neue- Schneechaos auch im Bezirk Köln- Mülheim
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.01.2024
AN/0129/2024
 - 7.2.8 Regelmäßige Überflutung der Höhenhäuser Ring bei Dauer- oder Starkregen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2024
AN/0130/2024
 - 7.2.9 Gesundheitsversorgung von Geflüchteten verbessern
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2024
AN/0131/2024

7.2.10 Windrad Stammheim

Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 22.01.2024
AN/0132/2024

7.2.10.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 29.01.2024 betreffend Windrad Stammheim
0431/2024

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Öffnungszeiten Tiefgarage Mülheimer Stadthalle
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 29.12.2023
AN/0020/2024

8.1.2 Steb und Windgenerator
Antrag des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 04.01.2024
AN/0017/2024

8.1.3 Leerstehende Wohnungen in der GAG- Siedlung in Köln- Stammheim
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.01.2024
AN/0067/2024

8.1.4 Unverzögliche Sanierung der Deckbeschichtung der Fußgänger*innen- und Fahrradfahrer*innenbrücke in Köln- Buchforst, die in unmittelbarer Nähe zur Stadtbahnhaltestelle „Stegerwaldsiedlung“ über den Pfälzischen Ring führt
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altfrohne (Die PARTEI) vom 14.01.2024
AN/0068/2024

8.1.5 Erhöhung der Freizeitattraktivität der Grünfläche entlang des Mülheimer Rheinufer im Bereich vor und hinter der „Katzenbuckel- Brücke“
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altfrohne (Die PARTEI) vom 14.01.2024
AN/0069/2024

8.1.6 Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zum geplanten Abriss von Wohnhäusern in der GAG- Siedlung in Köln-Stammheim
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des des Einzelmandatsträgers Altfrohne (Die PARTEI) vom 15.01.2024
AN/0078/2024

- 8.1.7 Schwer nachvollziehbare Bevölkerungsprognose zum Stadtbezirk Mülheim überprüfen
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altfrohne (Die PARTEI) vom 15.01.2024
AN/0080/2024
- 8.1.8 Rechtsrheinische Buslinien stärken
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträger Altfrohne (Die PARTEI) vom 15.01.2024
AN/0081/2024
- 8.1.9 Verkehrssituation auf dem Gauweg
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 08.01.2024
AN/0082/2024
- 8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 9 Verwaltungsvorlagen**
- 9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 9.1.1 Förderung des Brauchtums in den Veedeln - Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Mülheim; Förderprogramm und Mittelvergabe Session 2023/24
4001/2023
- 9.1.2 Beschlussvorlage für das Fahrradstraßenkonzept Mülheim
4147/2023
- 9.1.3 Förderprogramm der Bezirksvertretung Mülheim für die Vergabe bezirksorientierter Haushaltsmittel gemäß § 37 (3) GO NW im Stadtbezirk Köln-Mülheim für das Jahr 2024
0173/2024
- 9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 9.2.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt
Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt Köln
hier: Beschluss von Grundsätzen für die Entwicklung des Räumlichen Plans
3276/2023

- 9.2.2 Städtebauliches Planungskonzept Otto-Langen-Quartier in Köln-Mülheim
Anhörung der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) zu den Ergebnissen der erneuten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes und zum Grundstücksverkaufsverfahren der Flächen, die sich im Eigentum der NRW.URBAN GmbH & Co. KG befinden
3310/2023
- 9.2.3 Standortentscheidung für den Schulneubau des Hölderlin-Gymnasiums - wird vertagt -
- 9.2.4 Anhörung zur Bedarfsfeststellung für eine Schulbaumaßnahme zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard)
3430/2023/3
- 9.2.5 Änderung des Planungsbeschlusses für die Generalsanierung der Bezirkssportanlage Thuleweg in Köln-Höhenhaus
2310/2022/1
- 9.2.6 208. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: "Lindgens-Areal" in Köln-Mülheim
hier: Feststellungsbeschluss
2247/2023
- 9.2.7 Ordnungsbehördliche Verordnung für die Jahre 2024 - 2026 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4016/2023

10 Mitteilungen

- 10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters
- 10.2 Mitteilungen der Verwaltung
 - 10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim
 - 10.2.2 Unerledigte Anfragen der laufenden Periode
 - 10.2.3 Sachstand Sanierung Mülheimer Brücke
 - 10.2.3.1 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke – Sachstand und Anliegerführungen
4068/2023
 - 10.2.4 Mitteilung zu Standort und Betrieb des Drogenkonsumraums Mülheim
1159/2023

- 10.2.5 Sportentwicklungsplanung: Modellprojekt Innovation durch öffentliche Sportangebote – Rückblick „Kölle aktiv“ 2023 und Ausblick 2024
3803/2023
- 10.2.6 Kalkberg Machbarkeitsstudie
3939/2023
- 10.2.7 Aktionsplan Klimaschutz
4000/2023
- 10.2.8 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
4165/2023
- 10.2.9 Unterkunft für Geflüchtete am Luzerner Weg
4138/2023
- 10.2.10 Niederschrift 11. Runder Tisch Radverkehr Mülheim
4164/2023
- 10.2.11 Umgestaltung Platz an der Herler Straße in Buchheim
hier: Kostenerhöhung
- Integriertes Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum Buchheim, Buchforst und Mülheim-Nord (Keupstraße)
hier: Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023 und 2024
3189/2023
- 10.2.12 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2024"
4003/2023
- 10.2.13 Ergebnisse der Überprüfung bereits umgesetzter verkehrlicher Maßnahmen zur Einschränkung des Individualverkehrs auf Rechtmäßigkeit
3215/2023
- 10.2.14 Ergänzende Information zur Schließung des Spielplatzes Fritz-Haber-Straße im Rahmen der Gefahrenabwehr
0326/2024
- 10.2.15 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Schutz des Landschaftsschutzgebiet an der Otto-Kayser-Straße Köln-Dellbrück - AZ 01/22
0154/2024
- 10.2.16 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Waltherstr. 69-89, Absenkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h, Aktenzeichen 128/23
0157/2024
- 10.2.17 Offenlage Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70470/11, Arbeitstitel: Deutz-Areal in Köln-Mülheim
0146/2024

10.2.18 Leerstehende Wohnungen in der GAG-Siedlung Köln- Stammheim/ Moses-Hess-Straße, Adolf-Kober-Straße, Georg-Breuer-Straße, Elias-Gut-Straße
0374/2024

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

12 Anträge

13 Verwaltungsvorlagen

13.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13.1.1 Anpassung des Planungs- und Genehmigungsprozesses zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektroautos im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln
3847/2023/9

13.1.2 Ankauf eines Erweiterungsbaus in Holzmodulbauweise sowie der Erwerb der Einrichtung für die Gemeinschaftsgrundschule Peter-Grieß-Straße 5-7, 51061 Köln-Flittard
4150/2023/1

13.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

14 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

15 Mitteilungen der Verwaltung

15.1 Besetzung der stellvertretenden Schulleitung an der Gemeinschaftsgrundschule Rosenmaar, Am Rosenmaar 3, 51061 Köln
0016/2024

15.2 Besetzung der stellvertretenden Schulleitung an der Gesamtschule Dellbrücker Mauspfad 200, 51069 Köln
0021/2024

15.3 Otto & Langen Quartier/Mietvertrag ehemalige KHD Hauptverwaltung Deutz-Mülheimer Straße mit Raum 13 gGmbH
3876/2023

I. Öffentlicher Teil

0 Antrag auf Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE; Leerstehende Wohnungen in der GAG- Siedlung in Köln- Stammheim AN/0066/2024

Zunächst erläutert Herr Bezirksbürgermeister Fuchs die Regelungen zur Aktuellen Stunde gemäß Geschäftsordnung.

Frau Hane-Knoll (Fraktion DIE LINKE) beanstandet, dass die GAG nicht bereit sei, zur Thematik in der Bezirksvertretung mündlich Stellung zu nehmen. Sie informiert, dass seit einigen Wochen in der Siedlung regelmäßig Demonstrationen stattfänden.

Ihre Fraktion habe im vergangenen September eine Anfrage zur GAG Siedlung gestellt, mit der darum gebeten wurde, die zukünftige Nutzung der Wohnhäuser darzustellen. Die damalige Antwort der GAG sei nicht sehr zufriedenstellend gewesen.

In Köln gebe es viele Wohnungslose, die auch für wenige Monate ein Obdach nutzen würden. Zudem schildert sie die Situation der Betroffenen, die ausziehen müssten. Insbesondere Menschen, die dort lange gelebt hätten, würde es schwerfallen, sich nun auf neue Wohnumstände einzustellen.

Sie verweist auf den gefassten Beschluss aufgrund eines Antrages ihrer Fraktion aus der letzten Sitzung der Bezirksvertretung, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, die Wohnungen in Abstimmung mit der GAG für Wohnungssuchende, Obdachlose und Geflüchtete bewohnbar zu machen. Viele Initiativen in Köln unterstützten dieses Vorhaben.

Sie kritisiert die Mitteilung der Verwaltung zu diesem Beschluss unter Tagesordnungspunkt 10.2.18, die weitestgehend den Text der Beantwortung der GAG auf ihre Anfrage wiedergebe und betont, dass sie sich vom Sozialdezernat mehr Einsatz in der Sache gewünscht hätte.

Aus diesem Grund solle nun mit dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 8.1.3 der Beschluss gefasst werden, dass die Oberbürgermeisterin die Angelegenheit betrachte und sich dafür einsetzt, mit der GAG eine Wohnnutzbarkeit der betreffenden Wohnhäuser herzustellen.

Frau Hane-Knoll liest die Unternehmensziele der GAG vor, die sie auf der Internetseite gefunden habe. Demnach werbe man mit lebenswerten und bezahlbaren Wohnraum, breiten Schichten der Bevölkerung und sozial angemessenen Bedingungen, Wohnraum sei ein Sozialgut. Dies drücke die GAG nicht damit aus, dass sie Wohnraum leer stehen ließe, zumal nicht klar sei, wann die betreffenden Wohnhäuser tatsächlich abgerissen würden.

Herr Bakis (Fraktion DIE LINKE) beanstandet ebenfalls die fehlende Teilnahme der GAG. Er habe gehört, dass die Wohnungen seit einem Jahr leer stehen würden. Ihm sei gesagt worden, dass die Bethe-Stiftung die Häuser kaufen bzw. für die Nutzung von Wohnungslosen Instandsetzen wolle. Ob dieses Angebot der Verwaltung bekannt sei und darüber bereits Gespräche geführt wurden, wisse er nicht.

Inzwischen würden Wohnungen geplündert, seinem Anschein nach werde dagegen Seitens der GAG nichts unternommen.

Gemäß Antwort der Verwaltung sollen die Häuser Mitte des Jahres abgerissen werden. In diesem Zusammenhang stellt er folgende Fragen:

Wann wird gebaut? Wie viele Wohnungen werden gebaut? Was für Wohnungen werden gebaut? Gibt es einen Zeitplan ?

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) unterstützt die von Herrn Bakis aufgeworfenen Fragen, er halte diese für genau die richtigen.

Die Entscheidung der GAG nicht an dieser Sitzung teilzunehmen halte er für respektlos gegenüber der Bezirksvertretung und der Öffentlichkeit. Damit werde der öffentliche und auch der politische Protest in dieser Frage ignoriert.

Das Thema fehlender sozialer Wohnraum sei die große sozialpolitische Herausforderung unserer Zeit. Es befänden sich viele Vorlagen auf der Tagesordnung wo dieses Thema am Rande eine Rolle spiele. Seine Partei setze sich immer dafür ein, dass die Zahl an günstigen und bezahlbaren Wohnraum in Köln wachse. Mit Blick auf die vorliegende Antwort der GAG halte er diese für fragwürdig. Dass Wohnungen aufgrund zu kleiner Grundrisse abgerissen werden müssten und daraufhin neu gebaut werde, könne er nicht nachvollziehen.

Es bestehe gerade das Interesse an Wohnungen die bezahlbar sind. Es sei völlig klar, dass eine große Wohnung teurer als eine kleine ist. Es gebe etliche Bedarfe wo Menschen auch mit einer kleinen Wohnung sehr zufrieden wären.

Obdachlose und Geflüchtete die im großen Massenunterkünften jetzt untergebracht werden müssen, weil es keinen Wohnraum mehr gebe, Studierende die hier keine Wohnung mehr finden. Er finde es zudem falsch, dass man Häuser baue, die lediglich eine Nutzungsdauer von 50 Jahren haben, da müsse man weg von. Klar sei, und das sehe man auch in Fachkreisen so, dass man sanieren müsse, den vorhandenen Wohnraum aber nicht alle 50 Jahre abreißen und neu bauen. Er unterstütze daher die Forderungen der Demonstrierenden. Die GAG habe auch in der nächsten Sitzung gerne Gelegenheit, die offenen Fragen zu beantworten.

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) wolle auf die hohe Anzahl von Geflüchteten hinweisen, darüber hinaus beanstande er die Zahl unerlaubt Eingereister. Beides finde sich in der Mitteilungsvorlage unter Tagesordnungspunkt 10.2.8 wieder.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs teilt Herrn Hengstenberg mit, dass er sich an das Thema der aktuellen Stunde halten solle.

Herr Hengstenberg führt aus, er habe als Handwerker die Erfahrung gemacht, dass bei Häusern, die zum Abriss freigegeben würden, als erstes die Elektrik stillgelegt werde. Insofern habe dies bereits entsprechende Auswirkungen auf die Sicherheit im Gebäude. Die betreffenden Gebäude seien in den 60er Jahren im Betonplattenbau errichtet worden ohne jegliche Effizienzklasse, wie es heute Vorschrift sei. Nach über 40 Jahren hätten sich die Gebäude abgewohnt und würden keine menschenwürdige Unterkunft mehr darstellen.

Er wolle zudem auch nicht, dass Stammheim zu einem Obdachlosenquartier verkomme, die Wohnqualität der Bewohner müsse ebenso geachtet werden.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs weist daraufhin, dass bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim im vergangenen November ein entsprechender Beschluss gefasst wurde. Er weist auf die Regelungen der Geschäftsordnung hin, wonach die Erörterung mit dem Beschluss abgeschlossen werde, dass die Sache erledigt ist, die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wird (z. B. Resolution) oder die Sache zur weiteren Behandlung an den zuständigen Fachausschuss überwiesen werde.

Er schlage daher vor, über den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altfrohne zu Tagesordnungspunkt 8.1.3 Leerstehende Wohnungen in der GAG Siedlung abzustimmen. Anschließend sei die Aktuelle Stunde beendet.

Ein Beschluss wurde unter Tagesordnungspunkt 8.1.3 gefasst.

A Austausch mit dem Beigeordneten William Wolfgramm, Dezernat VIII Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften

Herr Beigeordneter Wolfgramm, Dezernat VIII Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften, bedankt sich für die Einladung zur Sitzung der Bezirksvertretung. Es werde jetzt häufiger der Fall sein, dass Beigeordnete an den Sitzungen der Bezirksvertretungen teilnehmen werden, dies habe der Verwaltungsvorstand im vergangenen Jahr beschlossen.

Für ihn sei es nun wichtig gewesen, gerne zu einem konkreten Projekt zu kommen und sich nicht nur für eine allgemeine Fragestunde vorstellen. Zum Ende der letzten Wahlperiode habe der Rat beschlossen, die ursprüngliche Nutzung für die Kalkbergstation aufzugeben. Die Verwaltung habe den Auftrag erhalten, zu prüfen, welche alternativen Nutzungsformen denn hier möglich wären. Dabei sei nicht die Frage ob, sondern nur noch wie dieser genutzt werden könne, die Aufgabenstellung gewesen.

Das Grünflächenamt habe nach Durchführung einer Machbarkeitsstudie eine Vorlage erstellt, die nun in der Sitzung durch den Mitarbeiter Herrn Hölzer vom Grünflächenamt vorgestellt werde.

Darüber hinaus hat Herr Wolfgramm vor der Sitzung einige Fragen erhalten, die er im Nachgang gerne beantworten werde, einzelne Antworten dazu müsse er allerdings nachreichen. Ein größeres Thema, mit dem sich sein Dezernat derzeit befasse, befindet sich auf der Tagesordnung, die Umsetzung des Klimaschutzaktionsplanes. Ein wesentlicher Bestandteil sei dabei die kommunale Wärmeplanung.

Er biete gerne an, dazu nochmals wiederzukommen, die Thematik werde uns alle in den nächsten Jahren begleiten.

Herr Hölzer, Grünflächenamt, stellt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Kalkberg anhand einer Präsentation vor. Die Folien sind in der Tagesordnung unter der Mitteilung der Verwaltung Tagesordnungspunkt 10.2.6 Machbarkeitsstudie Kalkberg Anlage 1 zu finden <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/get-file.asp?id=964982&type=do>

Nachdem allgemein sehr bekannt und durch Studien belegt sei, was man auf dem Kalkberg nicht machen könne, sei die Aufgabe seines Amtes nun gewesen, herauszufinden, was denn dort möglich sein könnte. In diesem Zuge sei klar, dass die ursprüngliche Nutzung als Hubschrauberlandestation eben nicht möglich sei. So habe man nun ganz objektiv die tatsächlichen Nutzungsmöglichkeiten erörtert. Die Grundlagen zu dieser Erörterung seien sehr komplex gewesen und ämterübergreifend, zudem mit Unterstützung durch ein Planungsbüro, ermittelt worden. Insgesamt handele es sich um eine gesamtstädtische Herausforderung.

Maßgeblich seien vor allem umweltrechtliche und baurechtliche Belange gewesen, insbesondere die Standsicherheit sei selbstverständlich ein Thema gewesen. Zudem gebe es eine gesellschaftliche Erwartungshaltung, die ebenso berücksichtigt worden sei.

Den Auftrag dazu habe der Rat erteilt, 2022 habe es zudem eine Bürgerinitiative gegeben, die bereits Perspektiven entwickelt habe.

Festgestellt wurde zunächst, dass der Kalkberg sicher sei. Es handle sich jedoch um eine technische Anlage/Ingenieurbauwerk („extensives Gründach“) die / das dauerhaft gepflegt und kontrolliert werden müsse, zum Beispiel durch Vergrämung von Nagern, Verhinderung von Bewuchs, sowie die Sicherstellung von Durchwurzelung.

Im Weiteren sei sich damit befasst worden, welche möglichen Szenarien vorstellbar sein könnten. Von den bisherigen Nachnutzungsideen sollen nur Szenarien in die weitere Betrachtung (Planungs-/Baurecht, und Verkehr) einbezogen werden, die unter Maßgabe der geotechnischen, statischen und umweltrechtlichen Belange in Frage kämen. Im Ergebnis seien dies ein Landschaftspark, ein Energieberg, ein „Agriurbanum“ (Pflegetrieb, teilöffentliche Gartenanlage), ein Sportberg sowie Kombinationsmöglichkeiten daraus.

Dabei sei grundsätzlich immer ein Regelungsbedarf erforderlich, der bestenfalls mit einem Bebauungsplan gelöst werde.

Aufgrund eines Betretungsverbot für die Halden müsse zudem der Zugang geregelt werden, die Nutzung durch Menschenmassen müsse dabei verhindert werden, eine gedrosselte Nutzung sei das Ziel.

Sehr schnell sei man dabei auf das Thema Sport gekommen, dabei sei ein kontrollierter Zugang planbar.

Im Zuge der Nutzung müsse ein barrierefreier Zugang ermöglicht werden, ebenso die Herstellung des zweiten Rettungsweges. Beispiele seien hierfür Brücken und Stege, siehe hierzu Folie 16.

Sämtliche weitere, rahmengebenden Faktoren seien durch das Planungsbüro eingearbeitet worden.

Die konkrete Nutzbarkeit als Sportberg werde auf Seite 19 der Präsentation dargestellt. Bei den Planungen mit berücksichtigt werden könne der kleine Kalkberg. Hierfür könne eine Verbindung ebenfalls mittels Brücke und Stegen erfolgen, dies sei aber nicht zwangsläufig erforderlich, siehe Seite 21.

Wichtig sei die Feststellung, dass es sich hier um mögliche Nutzungen handle, aber noch keine konkreten Entscheidungen dazu getroffen wurden. Im Rahmen einer Öffentlichkeitsveranstaltung im vergangene November 2023 wurden diese Nutzungsmöglichkeiten vorgestellt und würden auf breite Zustimmung stoßen. Eine weitere Öffentlichkeitsveranstaltung werde nun Mitte März 2024 stattfinden.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs möchte wissen, ob die flugrechtliche Genehmigung noch widerrufen werden müsse.

Herr Wolfgramm stellt dar, dass sich zunächst mit den gebäuderelevanten Bestandteilen beschäftigt wurde, die flugrechtliche Genehmigung müsse noch widerrufen werden. Er ergänzt zu den Nutzungsmöglichkeiten, dass diese weiterhin vielfältig gedacht würden.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob die alte Eisenbahnbrücke, die den kleinen und großen Kalkberg verbinde genutzt werden könne. Zudem möchte er wissen, ob zu den nicht begehbaren Hängen über eine Photovoltaikanlage nachgedacht wurde. Außerdem bitte er um Darstellung, wie es nun konkret weitergehe.

Herr Hölzer antwortet, dass die Eisenbahnbrücke zwar im Fokus stand, diese befinde sich jedoch im Eigentum der Bahn. Im Zuge von möglichen Ausbauprozessen der Bahn würde diese nicht verkauft. Die Thematik Energieberg und Bau von Photovoltaikanlagen sei ein Aspekt gewesen. Dabei habe man festgestellt, dass der Wasserabfluss durch den Neigungswinkel zu stark sei, sich zudem Spiegelungen Richtung Stadtautobahn nicht vermeiden ließen, daher habe man die Idee verwerfen müssen. Die weitere Vorgehensweise sei wie bereits dargestellt, die Bürgerbeteiligung Mitte März, in der die vorliegende Machbarkeitsstudie mit weiteren Ideen angereichert werden solle. Anschließend werde der Rat die nächsten Schritte vorgeben, dafür werde eine Beschlussvorlage gefertigt.

Herr Altefrohe (Einzelmandatsträger DIE PARTEI) möchte wissen, ob Nager eine Gefahr für die Standsicherheit darstellen, zumindest käme dies in den Darstellungen so rüber. Insofern frage er sich, wie man diese von dem Berg weghalten wolle. Darüber hinaus sei Köln ein Erdbebengebiet, er bittet um Darstellung, ob dies bei den Planungen berücksichtigt werde.

Herr Wolfgramm wiederholt die Aussage von Herrn Hölzer, dass es sich um ein technisches Bauwerk handle, das entsprechend gepflegt werden müsse. Gänzlich weghalten könne man Nager nicht, diese seien auch jetzt da. Es werden immer wieder Handlungsbedarf zu verschiedenen Faktoren geben, um die Standsicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Erdbebenthematik versichere er, dass die Standsicherheit hergestellt sei. Die Thematik werde bei den Planungen berücksichtigt, spiele aber keine wesentliche Rolle.

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) erkenne eine Nutzbarkeit des Kalkbergs nicht, zudem stelle er die Standsicherheit in Frage. Als Gründe nennt er die Entwicklung, wie der Berg entstanden sei. Es handle sich lediglich um einen Müllberg, der zudem bisher hohe Kosten verursacht habe. Er schlage daher vor den Berg zu verkaufen, um weitere Kosten zu vermeiden.

Herr Wolfgramm stellt dar, dass die Verwaltung durch den Rat mit der Prüfung alternativer Nutzungsszenarien beauftragt wurde, einen Verkaufsauftrag habe er durch den Rat nicht erhalten.

Frau Kaske-Vollmer (SPD-Fraktion) möchte in Bezug auf die Standsicherheit wissen, wie viele Bürger bei der Öffentlichkeitsbeteiligung teilnehmen dürfen. Zudem frage sie, wie sich eine sportliche Nutzung umsetzen lasse, wenn keine große Anzahl von Menschen auf den Berg dürfe.

Herr Wolfgramm erläutert, dass eine Begrenzung durch die letztendliche Nutzung geregelt werden könne. Als Beispiel nennt er Tennisplätze (nicht vorgesehen). Diese würden beispielsweise maximal 4 Spieler pro Platz zeitgleich zulassen. Selbst wenn noch weitere Spieler am Rand des Spielfeldes warten, habe man hier schon eine Regelungssituation geschaffen.

Herr Dr. Portz (CDU-Fraktion) fragt, ob es etwas Vergleichbares in Europa gebe. Herr Wolfgramm verneint dies. Es gebe zwar in Kopenhagen und Hamburg Müllhalden, aus denen ähnliches entstanden sei, in der jeweiligen Nutzung würden sich diese jedoch unterscheiden.

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) beanstandet nochmals die entstandenen und zukünftig zu erwartenden Kosten.

Herr Wolfgramm verfolge den Ansatz, nun erstmal in die Umsetzung zu gehen und dabei gegebenenfalls auch mögliche Partner zu finden, dann sei auch klar, welche Kosten überhaupt zu erwarten sind.

Abschließend bittet Herr Bezirksbürgermeister Fuchs darum, dass die nächste Veranstaltung in Buchforst stattfinden solle.

Im Folgenden beantwortet Herr Wolfgramm Fragen, die ihm vorab übermittelt wurden.

- Mögliches Windrad in Stammheim und welchen Beitrag es zur Energiewende leisten könnte

Herr Wolfgramm verweist auf die Beantwortung der Stadtentwässerungsbetriebe unter Tagesordnungspunkt 7.2.10.1. Er könne ergänzen, dass es sich im Gesamtkontext klimafreundliche Stadt um ein wünschenswertes Projekt handele. Dennoch gebe es hier noch Beratungsbedarf.

- Teil-Offenlegung der Strunde. Wie ist der Stand, wird das Projekt von der Verwaltung vorangetrieben?

Herr Wolfgramm verweist auf eine Mitteilung der Verwaltung aus einer früheren Sitzung.

Herr Dr. Cassel, Stadtentwässerungsbetriebe, führt aus, dass sich seit der gemeinsamen Mitteilung von Grünflächenamt und Stadtentwässerungsbetrieben aus November 2022 kein neuer Sachstand ergeben habe. Nach wie vor habe man die Situation, dass man vor einer Teiloffenlegung eine Planfeststellung benötige. Dabei würde man bei einem zu erwartenden zeitlichen Horizont von fünf Jahren, bis eine Genehmigung vorliege, aus dem angedachten Zeitraum des Förderprogramms rausfallen. Aus den Wasserrahmenrichtlinien werde man keine Förderung erlangen können, da der ökologische Nutzen nicht ausreichend hoch sein werde.

- Aktueller Stand Thurner Hof, wann ist endlich die Nutzung durch die Öffentlichkeit möglich?

Herr Wolfgramm informiert, dass die Sanierung abgeschlossen sei. Zur weiteren Nutzung müsse nun die baurechtliche Genehmigung abgewartet werden. Er habe beim Dezernat VI zuletzt darauf hingewirkt, dass diese baldigst erteilt werden solle.

Frau Wienholz (CDU-Fraktion) bittet um Darstellung, welche Details zur Herstellung der baurechtlichen Genehmigung offen seien. Herr Wolfgramm sagt zu, dass er diese erfragen und die Bezirksvertretung darüber informieren werde.

- Ausweitung der Öffnungszeiten der Tiefgarage Stadthalle Köln

Herr Wolfgramm berichtet, dass sich die Verwaltung mit dem Betreiber in Gesprächen befinde, die Öffnungszeiten auszuweiten.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs stellt fest, dass die Tiefgarage zuletzt bei Karnevalsveranstaltungen länger geöffnet habe. Der bisherige Pächter der Stadthalle habe in der Vergangenheit direkten Kontakt zum Betreiber der Tiefgarage aufgenommen, diese Vorgehensweise könne der neue Betreiber sicher übernehmen.

Herr Höltig schlägt vor, in den nächsten Pachtvertrag dem Betreiber der Tiefgarage längere Öffnungszeiten reinschreiben.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs und Herr Wolfgramm ergänzen, dass für die Tiefgarage Sanierungsbedarf bestehe.

- Landstrom im Mülheimer Hafen

Herr Wolfgramm verweist auf eine Mitteilung von Dezernat III aus November 2023. Insbesondere aufgrund der eigentumsrechtlichen Situation könne Landstrom dort nicht durch die Stadt hergestellt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs sehe den Bedarf vor allem am Mülheimer Ufer.

- Aktueller Stand Aktionsplan Klimaschutz

Herr Wolfgramm stellt dar, dass es sich dabei um eines der größten Themen handele, mit dem sich sein Dezernat befasse. Die Stadt wolle bis 2035 klimaneutral werden. Die Verwaltung selbst könne davon ca. 15 Prozent selbst beeinflussen. Er verweist auf die Mitteilung, die sich auf der Tagesordnung befinde. Ein Kernstück werde das Thema Gebäude und Wärmeplanung sein. Gemeinsam mit der Rheinenergie werde man sich auf den Weg machen, Angebote von Fernwärme zu erhöhen. Im Detail werde er gerne bei einem weiteren Termin im Laufe des Jahres berichten.

Für den Stadtbezirk Mülheim berichtet er konkret über den Ausbau von Freiflächenphotovoltaikanlagen in Dünnwald.

Herr Wolfgramm teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE ebenfalls Fragen zum Aktionsplan Klimaschutz eingereicht habe. Er biete gerne auch Einzelgespräche für einen weiteren Austausch zu dem Thema an, sollten hierzu nicht alle Fragen beantwortet sein.

Frau Hane-Knoll (Fraktion DIE LINKE) bittet um Erläuterung, in welcher Form die angebotenen Einzelgespräche stattfänden. Herr Wolfgramm antwortet, dass er gerne nochmal in die Bezirksvertretung komme, wenn der Aktionsplan Klimaschutz nochmals auf der Tagesordnung stehe, ähnlich wie dies nun bei der Machbarkeitsstudie Kalkberg geschehen sei.

Frau Hane-Knoll möchte wissen, inwieweit das Umweltdezernat beteiligt werde und beim Abriss von Gebäuden im Austausch stehe, die sich im Eigentum der Stadt Köln oder städtischen Tochtergesellschaften befinden. Experten würden bestätigen, dass oftmals unnötig abgerissen statt saniert werde, immerhin verursache ein Abriss auch hohe Mengen an CO² Emissionen.

Herr Wolfgramm antwortet, dass sein Dezernat selbstverständlich im engen Austausch stehe und im Aktionsplan Klimaschutz die Einsparung von CO² Emissionen eine wesentliche Rolle spiele. Im Detail regle der Aktionsplan einzelne Bauprojekte allerdings noch nicht. Gegenüber der GAG habe die Stadt nur einen mittelbaren Einfluss, immerhin handele es sich dabei um eine Aktiengesellschaft.

Weiterhin bittet Frau Hane-Knoll um Informationen zum Sachstand über den Bau von Photovoltaikablagen auf dem städtischen Grundstück des Krankenhaus Merheim.

Herrn Wolfgramm ist dieser Sachstand nicht bekannt, er werde diesen abfragen.

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) beanstandet die hohen Kosten für den Aktionsplan Klimaschutz.

Frau Hilleke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Informationen zum Sachstand der Finanzierung des Projektes „Hallo Nachbar, Danke schön!“ Sie lobt das Projekt und halte es für sinnvoll dieses fortzuführen.

Herr Wolfgramm teilt mit, dass die Verwaltung sich gerade um eine Anschlussfinanzierung bemühe.

Herr Hengstenberg bezweifele, dass für das Windrad, welches im Bereich des Klärwerkes Stammheim geplant sei ausreichend Wind in den hiesigen Gebieten wehen würde, um die vielfach tonnenschweren Rotorblätter in Gang zu bringen. Im Jahr 2022 habe die Stadtentwässerungsbetriebe darüber hinaus mitgeteilt, dass der Bau einer Biogärungsanlage in 2023 geplant sei, die den Energiebedarf des Klärwerkes zu 100 Prozent decken würde. Dass das Windrad ebenso Energie für das Klärwerk produziere widerspreche sich aus seiner Sicht.

Herr Dr. Gattke erläutert, dass im Großklärwerk aufgrund von neuen europäischen Richtlinien zukünftig mit einer Erhöhung des Energiebedarfes gerechnet werden müsse. Es handele sich dabei um energieintensive Maßnahmen, den Bedarf dafür wolle man klimaneutral produzieren.

Darüber hinaus entstehe über die verschiedenen Energiequellen ein Mix, der es ermögliche, überschüssige Energie in das öffentliche Stromnetz einzuspeisen.

Herr Hengstenberg beanstandet das Vorgehen. Seiner Meinung könne man nicht unendlich Strom in das öffentliche Netz aus den verschiedensten Energiequellen einspeisen.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bedankt sich für die Teilnahme des Beigeordneten an der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim.

B Vorstellung Ergebnisse einer hydraulischen Untersuchung des rrh. Kölner Randkanals

Herr Dr. Cassel stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse einer hydraulischen Untersuchung des rechtsrheinischen Randkanals vor. Die Präsentation ist unter dem Tagesordnungspunkt B im Ratsinformationssystem hinterlegt.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=974113&type=do>

Die Grundlage für die Untersuchung biete eine Gefährdungsbetrachtung sowie Maßnahmvorschläge aufgrund einer Bürgereingabe einer Bürgerinitiative, die sich auch im Raum befinde. In gemeinsamen Workshops mit der Bürgerinitiative habe man die Untersuchung vorbereitet.

Er berichtet, dass es beim Starkregenereignis am 14.Juli 2021 zu den Vorkommnissen in Dünwald auch falsche Informationen in der Presse gegeben habe. Um 18 Uhr sei es zu einer Überflutung in Dünwald gekommen, ursächlich dafür sei ein 12 Stunden langer Dauerregen gewesen. Hierbei habe es sich um ungefähr ein Fünftel des Kölner Jahresniederschlags und um eine größere Niederschlagsmenge als im Ahrtal gehandelt. Die einzelnen Abläufe zu der Überflutung sind auf den Folien 3 bis 7 dargestellt.

Bei dem Gutachten ginge es nun darum, die Leistungsfähigkeit des rechtsrheinischen Kölner Randkanals zu bestimmen. Die Federführung liege beim Zweckverband rechtsrheinischer Kölner Randkanal. Herr Dr. Cassel erläutert die Zusammensetzung des Zweckverbandes, dem er als Geschäftsführer vorstehe. Auftrag des Zweckverbandes sei insbesondere, dass Wasserabläufe aus dem Bergischen schadlos bis in den Rhein gelangen (Gewässereinleitungen und Zuläufe siehe Folien 9 bis 11).

Dabei müsse man zunächst betrachten, was bei einem HQ 100 und 200 (Bezeichnung von Hochwasserwahrscheinlichkeiten 100jährig und 200jährig) im Wesentlichen

geschehe; Überstaupunkte und Auswirkungen auf den Folien 12 bis 16. Die Bezeichnung habe lediglich statistischen Wert, bedeute aber nicht, dass ein HQ 100 nur alle hundert Jahre auftrete. Aufgrund des Klimawandels verändere sich zudem die Wahrscheinlichkeit.

Insgesamt könne man feststellen, dass es einen grundsätzlichen Handlungsbedarf gebe (Fazit Folie 16). Das weitere Vorgehen wird auf den Folien 17 bis 19 dargestellt, insbesondere mögliche Retentionsflächen auf Folie 18.

Anhand der Folie 19 nennt Herr Dr. Cassel einige Maßnahmen (in Dünnwald zum Beispiel Wegeerhöhungen), die Seitens der Stadtentwässerungsbetriebe möglich wären. Bei diesen Maßnahmen könne es möglich sein, die Gefahrenlage wie bei dem Ereignis am 14.Juli 2021 zu minimieren.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs fasst zusammen, dass mehrfach genannt wurde, was man machen könne. Er fragt, wie es denn nun weitergehe und ob hierzu politischer Beschlüsse erforderlich sind.

Herr Dr. Cassel beschreibt, dass man sich bezüglich des Kölner Stadtgebiet in einem engen ämterübergreifenden Austausch befinde. Er hoffe darauf, dass viele Maßnahmen bald zur Umsetzung kommen, eine politische Unterstützung sei natürlich hilfreich. Städteübergreifend müsse man sich mit der Stadt Bergisch Gladbach darauf einigen, welche Maßnahmen zur Umsetzung kommen sollen, hier gebe es verschiedene Modelle für den rechtsrheinischen Kölner Randkanal.

Frau Kranz (SPD-Fraktion) bittet um Beantwortung folgender Fragen, dahinter die Antworten durch Herrn Dr. Cassel:

Frage:

Im Dünnwalder Waldbad gebe es bereits einen Erdwall, der am 14.Juli 2021 nicht ausgereicht habe. Soll es hier eine Erhöhung geben ?

Antwort:

Herr Dr. Cassel zeigt den Gewässerlauf des Mutzbaches anhand einer Karte, dieser verlaufe unnatürlich. Um das Waldbad könne kein Wall gezogen werde, aber man sei mit dem Betreiber des Waldbades in Kontakt und habe eine Beratung angeboten.

Frage:

Wie hängt der Hochwasserpegel des Rhein mit möglichen Überflutungen zusammen ?

Antwort:

Für das Gutachten habe man die Annahme gemacht, dass der Rheinpegel nicht über 6,75 Meter liege. Bei einem höheren Rheinpegel fließe weniger Wasser durch den rechtsrheinischen Randkanal in den Rhein ab. Dann stau sich das Wasser natürlich zurück, allerdings würde man bei Starkregenereignissen nicht unbedingt von einem Rheinhochwasser ausgehen.

Frage:

Wird ein Warnmeldesystem für Bewohner von Dünnwald eingerichtet, gibt es ein solches System bereits in Bergisch Gladbach ?

Antwort:

Für ein Warnsystem sei die Feuerwehr zuständig. Es gebe keine Warnanlagen in den einzelnen Bereichen, allerdings befinde man sich in Planung, solche Ereignisse in Warnapps aufzunehmen. Aber auch über Broschüren und Flyer sollen Bewohnerinnen und Bewohner vorbeugend informiert werden.

Herr Dr. Portz (CDU-Fraktion) möchte wissen, ob die geplanten Maßnahmen ausreichend sind, die Wassermengen HQ 100 und 200 aufzufangen. Außerdem möchte er wissen, wie viele Wassermengen sich mit möglichen weiteren Maßnahmen auffangen ließen.

Herr Dr. Cassel sagt, dass dies realistisch betrachtet noch nicht so sein werde, allerdings habe das Schadensereignis am 14.07.2021 auch dazu geführt, dass man die Gewässerläufe neu kartographiere. Hieraus würden sich eine Reihe weiterer Maßnahmen ergeben, die ebenfalls dazu führten Wassermengen aufzufangen.

Herr Dr. Gattke ergänzt, dass es zwar eine Menge an weiteren Maßnahmen geben könne, die aufzufangende Wassermengen könne man dabei aber nur schwierig beziffern und würden von verschiedenen Faktoren abhängen. Zudem müsse man diese mit der Stadt Bergisch Gladbach abstimmen. Das Schutzziel selbst sei allerdings eine politische Entscheidung.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Erläuterungen zu den Absperrschiebern am Hochwasserrückhaltebecken, insbesondere, ob er es richtig verstanden habe, dass diese zum Schutz des Hauses Hahn geöffnet wurden. Er verstehe die Darstellungen so, dass das Haus Hahn überschwemmt wurde, weil man es geöffnet habe.

Herr Dr. Cassel erläutert, dass es zum Zeitpunkt der Öffnung bereits Schäden am Becken gegeben habe. Man habe die Schieber daher geöffnet, um den Druck wegzunehmen. Dies habe auf das Haus Hahn direkt keinen Einfluss gehabt. Es sei insgesamt eine große Menge aus dem Kanal aus Bergisch Gladbach gekommen und habe das Becken damit überlastet. Aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen sei es nicht möglich gewesen, dass das Becken größer angelegt wurde. Die Lösung könne ein zweiter Randkanal sein, dies wäre sehr teuer und müsse eine politische Entscheidung sein.

Herr Höltig fragt weiter nach, wie man sich zukünftig bezüglich der Öffnung verhalte.

Herr Dr. Cassel informiert, dass die Steuerung erneuert wurde. Die Schieber öffneten sich nun bei einer Höhe von 58 Metern automatisch, beim damaligen Ereignis wäre dann noch Platz im Becken gewesen. Ein Überlauf solle aber unbedingt verhindert werden, da sich daraus Faktoren entwickelten, die sich noch weniger beeinflussen ließen.

Herr Bakis (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, wie die Abstimmungen mit Bergisch Gladbach laufen.

Herr Dr. Cassel erläutert, dass diese Abstimmungen in der Verwaltung und nicht bei den Stadtentwässerungsbetrieben stattfinden, konkret könne er dazu also nichts sagen.

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) greift einen Vorschlag aus der Bürger-eingabe auf, den Höhenfelder See als Rückhaltebecken zu nutzen.

Herr Dr. Cassel stellt anhand einer Karte dar, dass der Höhenfelder See nicht unmittelbar am Randkanal liege. Es sei vom Grundsatz eine Option, die aber deutlich teurer wäre. Die dargestellten Möglichkeiten würden leichter umsetzbar sein und als erste Priorität verfolgt.

Frau Hane-Knoll (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob auch das zweite Gutachten in der Bezirksvertretung vorgestellt werde. Außerdem möchte sie wissen, ob Planungen für ein HQ 1000 vorgesehen seien.

Herr Dr. Cassel stellt klar, dass es bei der Thematik um Starkregen gehe, auf das man sich versuche vorbereiten. Weiterhin berichtet er über die Möglichkeiten von hochwassergeschützten Bauen, bei dem allerdings auch Eigentümer selbst verantwortlich dafür sein müssen, sich zu schützen. Ein Schutz für ein 1000jähriges Ereignis sei realistisch kaum umsetzbar.

Er beantworte gerne über direkten Kontakt Fragen, über weitere Entwicklungen könne auch nochmals in der Bezirksvertretung berichtet werden.

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Rad- und Gehwege Bergisch Gladbacher Straße

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Verkehrssituation Stadtgarten Mülheim" 125/23 B 3895/2023

Der Petent Herr Fritsche trägt seine Bürgereingabe vor. Er stellt fest, dass ein Teil der Anregungen zum Stadtgarten Mülheim bereits umgesetzt seien. Im nördlichen Bereich habe es schon Verbesserungen gegeben, zuvor seien die Verhältnisse untragbar gewesen, mit kaputt gefahrenen Wiesen und Öllachen auf den Wegen.

Er spreche sich nun dafür aus, dass die Anregungen zu den weiteren Absperrungen umgesetzt würden. Ansonsten können man davon ausgehen, dass weiterhin Autos durch den Park fahren.

Er führt die Zufahrt über den Bereich Charlierstraße auf, wonach laut Verwaltung bereits Poller vorhanden wären. Dies sei jedoch nicht der Fall, die Zufahrt stehe seit Jahren dauerhaft offen.

Er rege die Installation eines Doppelholmes wie im Norden an und zwar nördlich der Kindertagesstätte. Dieser könne bei Bedarf geöffnet werden und bleibe dabei an Ort und Stelle.

Es reiche zudem nicht, alle Zufahrten anzugehen und dabei eine außen vor zu lassen. Dann würde eben die letzte verbleibende Zufahrt von Kraftfahrzeugen genutzt. Daher bitte er die Verwaltung, alle Zufahrten zu berücksichtigen.

Zu den Anregungen bei den Parkplätzen im Park könne er die genannten Gründe der Verwaltungsvorlage nicht nachvollziehen. Diese Parkplätze würden nicht über einen Bügel verfügen. Es gebe auch keine Schilder, die besagen, dass es sich um Parkplätze der Schule oder der Kindertagesstätte handele. Es handele sich also faktisch um allgemeine Parkplätze, mitten im denkmalgeschützten Stadtgarten. Die Schulparkplätze direkt am Rendsburger Platz würden über solche Bügel und eine entsprechende Beschilderung verfügen und damit für die Öffentlichkeit gesperrt.

Er fordere daher, dass alle sieben Parkplätze im Park mit Bügeln und einer Beschilderung versehen werden, die Bügel auch hochgestellt werden, wenn dort keine Autos von Schul- oder Kindertagesstätten-Mitarbeitenden stehen. Sollten alles tatsächlich Parkplätze von Schule und Kindertagesstätte sein, dann solle ein Bügel direkt an der Zufahrt am Kreisverkehr installiert werden (nach der einen privaten Garage).

Erst damit würde sich das Problem des Parkplatzsuchverkehrs im Stadtgarten Mülheim erledigen, da ansonsten diese problematischen Parkplätze mitten im Park weiter von der Allgemeinheit genutzt würden. Der jetzige Zustand entspreche damit überhaupt nicht der von der Verwaltung zitierten Baugenehmigung.

Betonen wolle er nochmals, dass der gesamte Park unter Denkmalschutz stehe und es damit nicht vereinbar sei, dass hier private Autos auf der Suche nach Parkplätzen rumfahren.

Lobend möchte er den Antrag von SPD, CDU und FDP zu den Öffnungszeiten der Tiefgarage erwähnen. Es gebe genug Parkplätze um den Stadtgarten herum. Die sollten auch nutzbar gemacht werden. Auch die Öffnungszeiten des Parkhauses am Wiener Platz sollten ausgeweitet werden.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, die Beschlussvorlage damit zu erweitern, den Kindertagesstätten-Parkplatz als solchen zu kennzeichnen, mit Schildern und hochstellbaren Pollern. Die Parkplätze können dann den dortigen Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs lässt über den durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim dankt den Petent*innen für die Eingabe bezüglich der Verkehrssituation im Stadtgarten Mülheim. Sie beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung geeigneter Barrieren (Grauwackesteine am Zugang Bertoldistraße, zwei Poller an der Zuwegung nördlich der Sportanlage am Bergischen Ring, Schwenkbarriere im Zugang Charlierstraße/Lasallestraße) zur effizienten Unterbindung eines Befahrens des Mülheimer Stadtgartens durch private Personenkraftwagen. Die Maßnahmen werden aus Mitteln der Stadtverschönerung finanziert. Diese stehen im Teilergebnisplan 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Die Parkplätze der Kindertagesstätte sollen als Parkplätze für die Kindertagesstätte kenntlich gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD).

- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 7 Anfragen**
 - 7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**
 - 7.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/1956/2023 der Fraktion Die PARTEI betreffend den Diebstahl der Skulpturen des Märchenbrunnens im Stadtpark Mülheim
3776/2023**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Herr Altefrohne (Einzelmandatsträger Die PARTEI) beanstandet, dass die Beantwortung viele Fragen offen lasse. Er bitte daher um Beantwortung der folgenden Nachfragen.

Zu 1: Ist es versprochen, was hierzu in der Beantwortung steht ?

Zu 2: Baustellenabsperrrungen verhindern aus seiner Sicht keinen Diebstahl, es verhindere lediglich, dass jemand in ein Loch falle. Warum wurde entschieden, diese dort hinzustellen ?

Zu 3: Herr Altefrohne möchte wissen, ob die Restaurierung versichert ist ?

Zu 4: Soll der Brunnen ohne Skulpturen bestehen bleiben oder werden diese ersetzt ?

**7.1.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 17.04.2023 (AN/0600/2023) betreffend „Radverkehrsinfrastruktur im Bezirk Köln-Mülheim“
3841/2023**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Frau Hane-Knoll (Fraktion DIE LINKE) möchte zur Beantwortung der Frage 2 anmerken, dass die Aufstellstreifen auf der Honschaftsstraße sowie der Roggendorfstraße deutlich unter 1,50 Meter Breite liegen würden.

**7.1.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Bezirksvertreters Krüger (CDU-Fraktion) in der Sitzung am 27.11.2023 zu den Tagesordnungspunkten 7.1.6 und 7.1.7 Baumwollbleicherei
0403/2024**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**7.1.4 Vorkommnisse im Umfeld der Geflüchtetenunterkunft Luzerner Weg
3322/2023**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Frau Klingenburg-Steinhausen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) korrigiert, dass der Betreiber die Caritas und nicht der DRK sei.

7.2 Neue Anfragen

**7.2.1 Auenweg - bewohnter Sperrmüll - Ergänzung
Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 05.01.2024
AN/0016/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2.2 BMX Nutzungsmöglichkeiten
Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 06.01.2024
AN/0018/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2.3 Brandgefährdung Elektrobuss
Anfrage des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 06.01.2024
AN/0019/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2.4 Höhenhaus – Umsetzungsstand Beschluß AN/0443/2020 zum Höhen-
hauser Ring / Entwässerung Bahnunterführung
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Ein-
zelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 06.01.2024
AN/0079/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

Herr Paunovich (CDU-Fraktion) ergänzt die Anfrage, wann die Deutsche Bahn AG die Böschung sichere.

**7.2.5 Wohnungs-und obdachlose Menschen im Bezirk Köln-Mülheim
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.01.2024
AN/0127/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2.6 Winterhilfe im Stadtbezirk Köln- Mülheim
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.01.2024
AN/0128/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2.7 Und jedes Jahr auf's Neue- Schneechaos auch im Bezirk Köln- Mülheim
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20.01.2024
AN/0129/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.2.8 Regelmäßige Überflutung der Höhenhäuser Ring bei Dauer- oder Starkre-
gen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2024
AN/0130/2024**

Herr Paunovich (CDU-Fraktion) teilt mit, dass die Anfrage deckungsgleich mit der Anfrage zu 7.2.4 ist und er diese daher zurückziehe.

Die Anfrage 7.2.4 wolle er mit der Ergänzung versehen, wann die Deutsche Bahn AG die Böschung sichere.

**7.2.9 Gesundheitsversorgung von Geflüchteten verbessern
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2024
AN/0131/2024**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.10 Windrad Stammheim

**Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 22.01.2024
AN/0132/2024**

7.2.10.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 29.01.2024 betreffend Windrad Stammheim 0431/2024

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Öffnungszeiten Tiefgarage Mülheimer Stadthalle Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 29.12.2023 AN/0020/2024

Beschluss:

Vor dem unten genannten Hintergrund bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung zu prüfen, inwieweit mit dem Parkhausbetreiber über längere Öffnungszeiten verhandelt werden kann, möglicherweise sogar rund um die Uhr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.1.2 SteB und Windgenerator Antrag des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) vom 04.01.2024 AN/0017/2024

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) beanstandet, dass die Stadtentwässerungsbetriebe trotz Anwesenheit in der Sitzung nicht über den Sachstand zum Ulrich-Haberland-Haus berichtet habe.

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Köln- Mülheim, spricht sich gegen die Errichtung eines Wind-Generators in Köln- Stammheim aus. Zuerst das Ulrich-Haberland-Haus sanieren, dann reden wir weiter.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD) **abgelehnt.**

8.1.3 Leerstehende Wohnungen in der GAG- Siedlung in Köln- Stammheim Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.01.2024 AN/0067/2024

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim bittet Frau Oberbürgermeisterin Reker ihren Einfluss auf die GAG auszuüben und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die leerstehenden Wohnungen in der oben benannten GAG- Siedlung in Köln- Stammheim möglichst wieder bewohnbar gemacht werden und keinen weiteren Leerstand mehr zu zulassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD).

8.1.4 Unverzögliche Sanierung der Deckbeschichtung der Fußgänger*innen- und Fahrradfahrer*innenbrücke in Köln- Buchforst, die in unmittelbarer Nähe zur Stadtbahnhaltestelle „Stegerwaldsiedlung“ über den Pfälzischen Ring führt
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altefrohne (Die PARTEI) vom 14.01.2024
AN/0068/2024

Frau Brandt, Seniorenvertretung, weist daraufhin, dass die Brücke sehr steil sei und bei Eis und Schnee die Wege schneller freigeräumt werden sollen. Vor allem Senioren aus der Stegerwaldsiedlung würden diese nutzen, um in Buchforst einkaufen zu gehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim beauftragt die Verwaltung mit der unverzüglichen Sanierung der Deckbeschichtung der Fußgänger*innen- und Fahrradfahrer*innenbrücke in Köln-Buchforst, die in unmittelbarer Nähe zur Stadtbahnhaltestelle „Stegerwaldsiedlung“ über den Pfälzischen Ring führt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.1.5 Erhöhung der Freizeitattraktivität der Grünfläche entlang des Mülheimer Rheinufer im Bereich vor und hinter der „Katzenbuckel- Brücke“
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altefrohne (Die PARTEI) vom 14.01.2024
AN/0069/2024

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Freizeitattraktivität der Grünfläche entlang des Mülheimer Rheinufer im Bereich vor und hinter der „Katzenbuckel- Brücke“ durch Aufstellen von z.B. Tischtennisplatten und Slackline- Halterungen und Anlegen eines Boule-Platzes sowie eines schon im Januar 2021 durch die BV 09 beschlossenen Beachvolleyballfeldes. (<https://buergerinfo.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=801515&type=do>)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.1.6 Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zum geplanten Abriss von Wohnhäusern in der GAG- Siedlung in Köln-Stammheim
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altefrohne (Die PARTEI) vom 15.01.2024
AN/0078/2024

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zum geplanten Abriss von Wohnhäusern in der GAG- Siedlung in Köln- Stammheim (Elias-Gut-Straße, Adolf- Kober- Straße, Moses- Hess-Straße, Georg- Beyer-Straße u.a.) und einer schriftlichen Mitteilung sowie persönlicher Vorstellung des Zeitplans der bisher geplanten Vorgehensweise bezüglich der genannten Wohnhäuser (Sanierung / Neubau) durch Verantwortliche der GAG spätestens zur Sitzung der BV Köln- Mülheim am 04.03.2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD).

8.1.7 Schwer nachvollziehbare Bevölkerungsprognose zum Stadtbezirk Mülheim überprüfen
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträgers Altefrohne (Die PARTEI) vom 15.01.2024
AN/0080/2024

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) lehne den Antrag ab, da sich die Bevölkerungsprognose ständig ändere.

Beschluss:

Die BV fordert die Verwaltung auf, die Bevölkerungsprognose für den Stadtbezirk zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen die Stimme des Einzelmandatsträgers Hengstenberg (AfD).

8.1.8 Rechtsrheinische Buslinien stärken
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelmandatsträger Altefrohe (Die PARTEI) vom 15.01.2024
AN/0081/2024

Beschluss:

Die BV Mülheim beschließt folgende Verbesserungen des ÖPNV:

- Die Buslinie 260 erhält an den Ampeln eine Vorrangschaltung.
- Die Buslinie 157 verbindet durchgängig Dünwald und Ostheim.
- Die Buslinie 434 fährt durchgängig den Wiener Platz an.
- Die Nachtbuslinie 156 wird ausgeweitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.1.9 Verkehrssituation auf dem Gauweg
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und des Einzelmandatsträgers Tücks (FDP) vom 08.01.2024
AN/0082/2024

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung zu prüfen, in welcher Form die Verkehrssituation auf dem Gauweg zu verbessern ist. Hierzu zählt die Einrichtung eines Fußgänger- und Radweges und die Einhaltung der Einbahnstraßenregelung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen**9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen****9.1.1 Förderung des Brauchtums in den Veedeln - Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Mülheim; Förderprogramm und Mittelvergabe Session 2023/24
4001/2023****Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 04.12.2023****Beschluss:**

1. Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt das Förderprogramm zur Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Mülheim in der Session 2023/2024 (Anlage 1)
2. Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt die Freigabe der im Jahre 2023 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 10.000,- € zur Förderung der im Stadtbezirk Mülheim zu Karneval 2024 vorgesehenen Veedelszüge wie folgt:

Nr.	Veedelszug	Höhe der Förderung
1	Mülheimer Dienstagszug	1.669,30 €
2	Veedelszoch Holweide	789,64 €
3	Veedelszoch Buchforst	473,78 €
4	Dünnwalder Veedelszoch	1.500,32 €
5	Flittarder Sonntagszug	829,12 €
6	Stammheimer Karnevalszug	868,60 €
7	Veedelszoch Höhenhaus	1.184,46 €
8	Dellbrücker Dienstagszug	2.684,78 €
	Summe:	<u>10.000,00 €</u>

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**9.1.2 Beschlussvorlage für das Fahrradstraßenkonzept Mülheim
4147/2023**Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vertagt.

**9.1.3 Förderprogramm der Bezirksvertretung Mülheim für die Vergabe bezirksorientierter Haushaltsmittel gemäß § 37 (3) GO NW im Stadtbezirk Köln-Mülheim für das Jahr 2024
0173/2024**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt das bezirkliche Förderprogramm für die Vergabe bezirksorientierter Haushaltsmittel gemäß § 37 (3) GO NRW für das Jahr 2024 (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.2.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt
Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt Köln
hier: Beschluss von Grundsätzen für die Entwicklung des Räumlichen Plans
3276/2023**

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Erläuterung zu den Sichtachsen.

Frau Wegmann, Stadtplanungsamt, verweist auf Anlage 2, Seite 7, Abbildung 4. Die dortigen Sichtachsen seien dem Hochhauskonzept von 2003 entnommen worden. In der Abbildung könne man sehen, dass die Sichtachsen sternförmig ausstrahlen. Von stadtauswärts Richtung Stadt kommend werde dargestellt, an welchen Punkten dort auf den Dom geblickt werden müsse.

Als Beispiel führt sie den Mülheimer Bahnhof, die Mülheimer Brücke, sowie das Autobahnkreuz Köln-Ost und die Auffahrt Merheim auf.

Herr Höltig fragt nach, warum der Kalkberg nicht aufgeführt werde.

Frau Wegmann verweist darauf, dass man auf dem Sternenplan erkennen könne, dass der Kalkberg zwar in einer der relevanten Achsen liegt, aber nicht als besonders zu berücksichtigender Blickpunkt bisher berücksichtigt ist.

Sie erklärt, dass dies im weiteren Prozess als Kritikpunkt eingebracht werden kann. Sie gehe davon aus, dass insbesondere hinsichtlich der Lesbarkeit beziehungsweise Nachvollziehbarkeit des Höhenentwicklungsplans noch Verbesserungsbedarfe bestehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die formulierten **Grundsätze** (gemäß Anlage 2, Kap. 2) als Grundlage **für die Entwicklung des Räumlichen Plans**.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Entwurf zum Räumlichen Plan (gemäß Anlage 2, Kap. 3) sowie die Prozessgestaltung (gemäß Anlage 2, Kap. 4) zur Erarbeitung des Räumlichen Plans für das Höhenentwicklungskonzept zur Kenntnis.

Der StEA verzichtet auf eine erneute Wiedervorlage sofern die Bezirksvertretungen ungeändert zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

9.2.2 Städtebauliches Planungskonzept Otto-Langen-Quartier in Köln-Mülheim

Anhörung der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) zu den Ergebnissen der erneuten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes und zum Grundstücksverkaufsverfahren der Flächen, die sich im Eigentum der NRW.URBAN GmbH & Co. KG befinden

3310/2023

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs informiert, dass sich die Beschlussfassung schwierig gestalten, da ein Antrag aller Ratsmitglieder im Stadtentwicklungsausschuss anrege, den Direkterwerb des Grundstückes durch die Stadt anzustreben. Er schläge die nochmalige Vertagung vor, da die Verwaltung die Vorlage nicht zurückziehe.

Frau Wegmann, Stadtplanungsamt, erläutert, dass die Vorlage noch nicht zurückgezogen werden könne, da der Beschluss zu dem Antrag erst noch gefasst werden müsste.

Frau Hane-Knoll (Fraktion DIE LINKE) bittet um Erläuterung zu den Auswirkungen, wenn die Bezirksvertretung ein weiteres Mal vertage.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs erklärt, dass diese dann grundsätzlich als zugestimmt gelte. Er habe aber die Möglichkeit, bei der Oberbürgermeisterin eine Ausnahme der sechs Wochen Frist zu beantragen.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sehe keinen Grund, die Vorlage nochmals zu vertagen. Seine Fraktion wolle verhindern, dass die Bezirksvertretung verfahrensmäßig nicht angehört werde. Er schläge daher vor, den Beschluss der Verwaltungsvorlage abzuändern und den Beschluss aus dem genannten Änderungsantrag zu übernehmen. Die Bezirksvertretung solle die Empfehlung dafür beschließen.

Es erfolgt ein kurzer Austausch über die Inhalte und Auswirkungen des Beschlusstextes und der möglichen Wertigkeit des Grundstückes.

Herr Dr. Portz (CDU-Fraktion) möchte wissen, ob die Stadt bei einem möglichen Erwerb auch in der Lage ist, die Planung vorzunehmen.

Frau Wegmann stellt dar, dass eine Planung sowieso statffinde, gegebenenfalls mit externer Unterstützung.

Herr Bezirksbürgermeister lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

- ~~1. beschließt das städtebauliche Strukturkonzept vom 10.10.2023 gemäß Anlage 2 als Grundlage für die Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes und für~~

~~das Grundstücksverkaufsverfahren der landeseigenen Flächen im Otto-Langen-Quartier.~~

~~Die Ergebnisse der erneuten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 3 und Anlage 4) zu berücksichtigen.~~

- ~~2. stimmt den städtebaulichen Entwicklungszielen sowie den Vorgaben und Kriterien der Aufgabenstellung zum Grundstücksverkaufsverfahren zu (Anlage 7)~~
- ~~3. stimmt dem Ablauf des Grundstücksverkaufsverfahrens mit der aufgezeigten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß Anlagen 8 und 9 zu.~~
- ~~4. benennt folgende stimmberechtigte Teilnehmerinnen beziehungsweise Teilnehmer für das Begleitgremium zum Grundstücksverkaufsverfahren sowie deren Vertreterinnen und Vertreter.~~

~~Stadtentwicklungsausschuss~~

~~Bezirksvertretung Mülheim~~

~~(stimmberechtigte TeilnehmerInnen)~~

~~(stellvertretende TeilnehmerInnen)~~

~~1.~~

~~1.~~

~~2.~~

~~2.~~

~~3.~~

~~3.~~

~~4.~~

~~4.~~

~~5.~~

~~5.~~

~~6.~~

~~6.~~

- ~~5. verzichtet auf erneute Vorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim (BV9) ohne Einschränkungen zustimmt.~~

(1) Der Stadtentwicklungsausschuss bekräftigt die Absicht, den sich im Landeseigentum befindlichen Teil des Otto Langen Quartiers gem. § 15 Abs. 3 HHG NRW direkt zu erwerben.

(2) Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung erneut an das Land heranzutreten und einen Direkterwerb des zweiten Teilgrundstücks des Otto Langen Quartiers anzustreben. In den Gesprächen ist zu prüfen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit sich der Finanz- und Haushaltsausschuss des Landtags mit der Angelegenheit befasst.

(3) Bis zur abschließenden Klärung fordert der Stadtentwicklungsausschuss das Land NRW bzw. die NRW.URBAN GmbH & Co. KG auf, das Bieterverfahren auszusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Einzelmandatsträger Tücks (FDP), Altefrohe (Die PARTEI) und Hengstenberg (AfD).

9.2.3 Standortentscheidung für den Schulneubau des Hölderlin-Gymnasiums - wird vertagt -

Die Verwaltungsvorlage wurde vor der Sitzung durch die Verwaltung von der Tagesordnung genommen.

9.2.4 Anhörung zur Bedarfsfeststellung für eine Schulbaumaßnahme zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard) 3430/2023/3

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Darstellung der Kosten durch die Verwaltung.

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 28.11.2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt ihr Anhörungsrecht zur Bedarfsfeststellung zur Errichtung modularer Einheiten für die in der Beschlussbegründung genannte Grundschule zum Schuljahr 2024/25 und zur Beauftragung der Verwaltung zu entsprechenden Vertragsverhandlungen für die Anmietung und/oder den Erwerb dieser Einheiten sowie für die notwendigen Ausschreibungen wahr. Die Anmietungsdauer und Vertragslaufzeiten variieren dabei abhängig vom Bedarf an diesem Schulstandort. Die Anhörung erfolgt im Rahmen der Gremienfolge zur Beschlussvorlage 3430/2023.

Die Finanzierung der Gesamtkosten für die Aufstellung von modularen Einheiten (inklusive möglicher Kaufoptionen) erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Bauseits zusätzlich umzusetzende Maßnahmen werden zusätzlich zu veranschlagen sein, sofern keine general- oder totalunternehmerische Ausführung mit den Vertragspartner*innen erzielt werden kann. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Inbetriebnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises für Grund- und Förderschulen. Aus dem städtischen Haushalt werden auch die entsprechenden Kosten für die Einrichtung sowie mögliche zusätzliche Personalkosten für Hausmeister*innen und Sekretär*innen finanziert.

Wegen der besonderen Bedeutung der Maßnahmen steht der tatsächliche Abschluss der Verträge einschließlich der Darlegung der Finanzierung des Gesamtvorhabens inklusive der Einrichtung unter dem Vorbehalt eines späteren, vertragserläuternden Folgebeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.2.5 Änderung des Planungsbeschlusses für die Generalsanierung der Bezirkssportanlage Thuleweg in Köln-Höhenhaus 2310/2022/1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Kostenermittlung für die Generalsanierung der Bezirkssportanlage Thuleweg. In Abänderung des Beschlusses vom 08.09.2022 (2310/2022), wird die Planung und Kostenermittlung durch ein zu beauftragendes Landschaftsarchitekturbüro unter Beteiligung von Fachplanern durchgeführt.

Die Sanierung umfasst die Belagsänderung von zwei Großspielfeldern von Tenne- in Kunststoffrasen, den Neubau der Entwässerungssysteme, umlaufender Wege und die

Sanierung von Ballfangzäunen, Spielfeldbarrieren sowie der Trainingsbeleuchtungsanlagen in Verbindung mit der RheinEnergie. Die weitere Ausgestaltung der Nebenflächen der Sportanlage wird mit den zukünftigen Nutzern*innen abgestimmt.

Die voraussichtlichen Planungskosten bis zur Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) belaufen sich auf 288.000 €. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme belaufen sich nach einem ersten groben Kostenrahmen auf voraussichtlich ca. 6.176.000 €.

Der Rat beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen, im Haushaltsjahr 2024, in Höhe von 288.000 € im Teilfinanzplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801-Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 8-Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-9-5291 (BSA Thuleweg-Generalsanierung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.2.6 208. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim Arbeitstitel: "Lindgens-Areal" in Köln-Mülheim hier: Feststellungsbeschluss 2247/2023

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs weist daraufhin, dass aus seiner Sicht die Kegelschiffproblematik von 300 Metern Radius nicht eingegangen werde.

Frau Wegmann, Stadtplanungsamt, stellt dar, dass der 300 Meter Radius in der Anlage 3 festgelegt und berücksichtigt sei.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wendet ein, dass man mit der Beschlussfassung auch über die zahlreichen Stellungnahmen mit beschließen. Seine Fraktion habe dazu einen Änderungsantrag, Stellungnahmen herauszunehmen, die den Hochwasserschutz betreffen. In Folge dessen seien ebenso Grünflächen betroffen, die in nicht ausreichender Zahl vorgesehen sein.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs sieht aufgrund der umfangreichen Vorlage Beratungsbedarf. Um die Änderungen nachvollziehen zu können, solle daher ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereicht werden. Er schläge daher vor, die Vorlage zu vertagen, dem Vorschlag wird sich einvernehmlich angeschlossen.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

9.2.7 Ordnungsbehördliche Verordnung für die Jahre 2024 - 2026 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 4016/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für die Jahre 2024-2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

10.2.2 Unerledigte Anfragen der laufenden Periode

10.2.3 Sachstand Sanierung Mülheimer Brücke

10.2.3.1 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke – Sachstand und Anliegerführungen 4068/2023

Herr Buric, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, informiert zum aktuellen Sachstand der Sanierung Mülheimer Brücke.

Der Mitteilungsvorlage sind in den Anlagen Bilder beigefügt, die den aktuellen Baufortschritt dokumentieren. Herr Buric beschreibt die Bauarbeiten an der Deichbrücke, der Strom- und Flutbrücke sowie den Sachstand zur rechtsrheinischen Rampe, die ebenso in den Anlagen der Mitteilung beschrieben werden.

Mit den dargestellten Arbeiten könne nun die Bauphase 2 an den Start gehen.

Mit der Bauphase 2 würden viele verkehrlichen Einschränkungen einhergehen. Dies begründe sich mit der bevorstehenden Instandsetzung der Mittelbrücke. Dies benötige mehr Platz, so dass die Spur in Fahrtrichtung Mülheim gesperrt werden müsse. Die Sperrung erfolge ab dem 05. Februar 2024 und dauere bis zum Ende der Bauphase 2 im November 2024.

Ab dem 02. April 2024 werde die Brücke für den Stadtbahnverkehr bis zum 14. November 2024 gesperrt. Die Sperrung werde erforderlich, da dann der Austausch von Stahl- und Blechteilen erfolge.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Erläuterung, wie die Rettungsgassen sichergestellt werden und um eine Einschätzung, ob die Arbeiten in der Bauphase 2b zeitlich eingehalten werden können.

Herr Buric erklärt, dass sämtliche Schadensfallszenarien mit den zuständigen Rettungskräften abgestimmt würden. Feuerwehr und andere Rettungskräfte könnten im Schadensfall die Brücke über den Gegenverkehr erreichen.

Hinsichtlich der Einhaltung der Zeitpläne habe man die Planungen umfassend bis ins Detail vorbereitet, so dass von der Einhaltung ausgegangen werden könne.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.4 Mitteilung zu Standort und Betrieb des Drogenkonsumraums Mülheim 1159/2023

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.5 Sportentwicklungsplanung: Modellprojekt Innovation durch öffentliche Sportangebote – Rückblick „Kölle aktiv“ 2023 und Ausblick 2024 3803/2023

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.6 Kalkberg Machbarkeitsstudie 3939/2023

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.7 Aktionsplan Klimaschutz 4000/2023

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.8 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 4165/2023

Herr Hengstenberg (Einzelmandatsträger AfD) beanstandet die aus seiner Sicht hohe Anzahl von Geflüchteten Menschen aus dem Westbalkan.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.9 Unterkunft für Geflüchtete am Luzerner Weg 4138/2023

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.10 Niederschrift 11. Runder Tisch Radverkehr Mülheim 4164/2023

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.11 Umgestaltung Platz an der Herler Straße in Buchheim
hier: Kostenerhöhung**

**Integriertes Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum Buchheim,
Buchforst und Mülheim-Nord (Keupstraße)
hier: Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gem. § 25 Abs. 1 Nr.
2 KomHVO i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haus-
haltsjahre 2023 und 2024
3189/2023**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.12 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2024"
4003/2023**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.13 Ergebnisse der Überprüfung bereits umgesetzter verkehrlicher Maßnah-
men zur Einschränkung des Individualverkehrs auf Rechtmäßigkeit
3215/2023**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.14 Ergänzende Information zur Schließung des Spielplatzes Fritz-Haber-
Straße im Rahmen der Gefahrenabwehr
0326/2024**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.15 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Schutz des Land-
schaftsschutzgebiet an der Otto-Kayser-Straße Köln-Dellbrück - AZ
01/22
0154/2024**

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) beanstandet, dass nicht auf den Beschluss der Bezirksvertretung eingegangen werde. Er gehe daher davon aus, dass der Beschluss weiterhin Bestand habe und umgesetzt werde.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.16 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Waltherstr. 69-89, Ab-
senkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h, Aktenzeichen 128/23
0157/2024**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.17 Offenlage Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70470/11, Arbeitstitel: Deutz-Areal
in Köln-Mülheim
0146/2024**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs fragt nach dem Eckpunktepapier.

Frau Wegmann, Stadtplanungsamt, teilt mit, dass das Eckpunktepapier nicht bis zur Sitzung vorgelegt werden konnte, es solle aber der Bezirksvertretung bis zum Termin der Offenlage vorgelegt werden.

Herr Höltig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) könne nicht nachvollziehen, dass noch Bebauungspläne aufgestellt werden, ohne die Leitlinien Klimaschutz zu berücksichtigen.

**10.2.18 Leerstehende Wohnungen in der GAG-Siedlung Köln- Stammheim/ Moses-Hess-Straße, Adolf-Kober-Straße, Georg-Breuer-Straße, Elias-Gut-Straße
0374/2024**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 27.11.2024.